

Es gilt das gesprochene Wort!

Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck

Bischof von Essen

Predigt im Pontifikalamt anlässlich des Weltfriedenstages 2015

**Mittwoch, 10. Juni 2015, 11:00 Uhr, Garnisonkirche St. Johannes Basilika,
Bischofskirche des Militärbischofs, Berlin**

„Frieden um der Gerechtigkeit willen“

70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945

I.

Berlin: Es gibt keinen symbolträchtigeren Ort für das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa am 8. Mai 1945. Das Bild des Rotarmisten, der die sowjetische Fahne auf dem Reichstagsgebäude hisst, geht um die Welt. Die Bilder der Kämpfe um Berlin, die in den Wochen vorher die Endphase des Zweiten Weltkriegs auf deutschem Boden bestimmen, prägen sich Vielen ein. Die bedingungslose Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands, das diesen Krieg entfesselt hatte, lassen nun die Waffen in Europa schweigen. Was Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zu Recht als „Tag der Befreiung“ bezeichnet, weil er viele Menschen von unvorstellbarem Leid durch die Missachtung ihrer Menschenwürde, durch Folter, Hunger, Vergasung und brutalen Tod befreit, bringt anderen Menschen mit der kommunistischen und sozialistischen Diktatur eine neue Form der Unfreiheit, die bis zum 9. November 1989, dem Fall der Mauer mitsamt ihrer Folgen dauern sollte.

Der 8. Mai 1945 steht mit seinen vielen äußeren Trümmern vor allem auch für die inneren Zerrüttungen eines totalen Zusammenbruchs, nicht nur von Systemen und entfesselter Gewalt, die die Hölle auf Erden produzieren, sondern auch für eine kritische Anfrage an die Rolle der Christen während des Nationalsozialismus, lernen wir doch als Deutsche gemeinsam, Schuld und Verantwortung für Millionen gefallener Soldaten, für getötete Zivilisten, für verfolgte und geknechtete Menschen und vor allem für den unvorstellbaren Gräuel des Holocausts anzuerkennen und anzunehmen. Die Opfer und ihre Geschichte bleiben. Mich macht es immer nachdenklich und berührt mich bis heute – provozierend schmerzhaft –, dass die damit einhergehende Schuld nicht einfach nur den politischen und militärischen Akteuren jener teufl-

schen Zeit zuzuschreiben ist, sondern dass es auch viele Christen und uns, die Kirche, gibt, die durch ihr Tun, aber vor allem auch durch ihr Schweigen schuldig geworden sind. Unter den Christen und innerhalb der Kirchen geht der Riss zwischen Tätern und Opfern mitten hindurch. Es gibt die mutigen Zeugen, die von Anfang an dem Unrecht und der Barbarei widerstehen, wie das hier in Berlin der selige Dompropst Bernhard Lichtenberg tut, oder auch der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer, der nicht weit von hier lange im Gefängnis sitzt. Diese beiden Namen stehen für die Christen, die Widerstand geleistet haben. Aber es gibt auch die Vielen, die sich dem Unrecht nicht deutlich genug widersetzt haben, sogar solche, die dem den Menschen verachtenden, ideologischen und verbrecherischen Tun der Nationalsozialisten – wie immer auch zu bewerten – ihre Mitwirkung nicht versagt haben.

II.

Die Gründung der Bundeswehr und die Schaffung des sogenannten Amtes „Blank“ durch die Regierung von Bundeskanzler Konrad Adenauer gehören – ebenso wie die Gründung der Europäischen Union – in die Zeit der Bewältigung dieser immensen Konflikte, die zu mehr Frieden in Europa geführt haben. Wir müssen heute jedoch eingestehen, dass bis zum jetzigen Zeitpunkt Gewalt und Krieg nicht überwunden sind. Zwar haben Unzählige an den Befriedungs- und Wohlstandsprozessen der letzten Jahrzehnte teilnehmen können, aber denken wir an den Kosovo, an Bosnien, an den Balkan insgesamt und auch an die Konflikte, die es immer noch in Nordirland gibt, an den Konflikt im Osten der Ukraine und auf der Krim, an das Problem der Flucht und Flüchtlinge nicht nur in Europa, sondern vor allem im Mittleren Osten, in Afrika, in Südostasien und sonst wo, so wissen wir: Der Frieden bleibt immer eine Aufgabe. Er ist kein dauerhafter Zustand, er muss immer wieder errungen, bewahrt und gelebt werden.

Erst recht gilt dies für die Seelenlandschaften unzähliger Menschen. Denken wir nur an die vielen traumatisierten Soldaten, die aus dem Krieg zurückkehren, an die Vielen, die als gefallene oder verschwundene Soldaten in der Fremde bleiben, denken wir an die traumatisierten, vergewaltigten Frauen und geschändeten Familien auf der Flucht, an die alten Frauen heute, die – gerade angesichts des Terrors des Mittleren Ostens – an ihre grauenhaften Kriegs- und Nachkriegserfahrungen erinnert werden. Die Seele des Menschen ist immer der klarste Indikator für die Freude und die Hoffnung, aber auch für die Leiden und Nöte, die sie prägen und leiten.

III.

Nach dem 8. Mai 1945 ist Deutschland in vielfacher Weise um eine neue Ordnung bemüht. Diese Ordnungsprozesse sind nötig, um moralisch, gesellschaftlich und politisch in neue Bündnissysteme einzutreten, um eine dauerhafte Ordnung des Friedens auf der Basis der Menschenrechte und der Gerechtigkeit aufzubauen. Wir wissen, gerade auch mit der Entwicklung auf die Deutsche Einheit hin und angesichts des Wunders des 9. November 1989, dass solche Ordnungsprozesse eine Herausforderung sind für die Gestaltung und Bewahrung der Menschenrechte. Auf dieser Grundlage steht wesentlich der Dienst der Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr. Jedes Ordnungssystem muss sich moralisch rechtfertigen und gleichzeitig Antwort auf die sie umgebende Wirklichkeit geben. Dabei machen mich derzeit z. B. die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die Geschehnisse in der Ukraine mehr als nachdenklich, denn diese Ereignisse machen nicht nur die Gültigkeit der die Weltordnung tragenden Prinzipien nach 1945 fraglich. Es geht um mehr. Wie, so frage ich, kann man moralisch und auf der Grundlage der heutigen konfliktiven Wirklichkeit, die Europäische Union zusammenhalten und auch das atlantische Bündnis sichern, was für die Bundeswehr und ihre Soldatinnen und Soldaten nicht nur existenzsichernd, sondern auch von ihrem Selbstverständnis her von größter Bedeutung ist? Natürlich ist es moralisch geboten, mit Russland die Politik einer konstruktiven Zusammenarbeit auf allen Feldern, wo es möglich ist, fortzuführen, aber zugleich gilt es dafür einzutreten, dass die Opfer der nationalsozialistischen Gewalt Herrschaft und der deutsch-sowjetischen Doppelaggression im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes nie wieder zu Opfern werden dürfen, nämlich die Ost- und Mitteleuropäischen Nachbarn, vor allem Polen und die Baltischen Republiken. Das ist eine Lehre, die aus dem 8. Mai 1945 zu ziehen ist. In Europa können wir alle nur gemeinsam etwas erreichen. Dazu braucht es Werte und werthaltige Haltungen, wie die unbedingte Achtung der Menschenrechte, der Menschenwürde und der Toleranz. In dieser konfliktiven Situation können wir Christen zur Bewahrung des Friedens das unbedingte Einstehen für die Menschenrechte, die Menschenwürde und Toleranz aufgrund unseres Gottesglaubens beisteuern, der als Schöpfer aller Menschen alle gleich geschaffen hat. Toleranz meint dabei nicht Gleichmacherei, sondern Anerkennung des anderen als anderen aufgrund seiner Menschenwürde und seiner Menschenrechte. Hier gilt es, das Erbe und die Lebendigkeit des Christentums auf der Grundlage des Evangeliums und der sich daraus entwickelnden Ethik und Moral einzubringen. Dafür stehen Menschenrechte, Menschenwürde und Toleranz aufgrund der Überzeugung, dass jeder Mensch von Gott gleich geschaffen ist und gleiche Rechte hat.

IV.

Für das Selbstverständnis der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ist es ebenso von größter Bedeutung, sich ihres von der Verfassung gegebenen Auftrags der Landesverteidigung bewusst zu sein, der aber mit Zustimmung aller Verfassungsorgane seit Zeiten international ausgedehnt ist. Am Einsatz der Soldatinnen und Soldaten im Ausland – von Afghanistan über Somalia, von Mali bis zum Mittelmeer – zeigt sich, dass alle neu lernen müssen, Politik als die Lehre des Möglichen, besser noch die Kunst des Möglichen zu verstehen. Es gibt in unserem Land immer noch Viele, die ignorieren, dass die Politik nicht das den Menschen einer Zeit Unmögliche zu erreichen versuchen kann und darf, sondern sich bewusst sein muss, dass alle Strategien und Planungen in einem gewissen Sinn unzulänglich bleiben. In der Politik, auf welchem Feld auch immer, geschehen Dinge, die man sich nicht hat vorstellen können. Das macht die gesamte Aufgabenbreite der Politik so unplanbar, weil es vielfältige Interessen gibt, die sich auch durchaus widersprechen können. Eine Politik, die dem Frieden dient und dafür die Instrumente der Gerechtigkeit nutzt, bedenkt dies immer im Sinne einer Lehre vom Möglichen und der Kunst des Möglichen, um in den jeweils neuen Situationen den richtigen Weg zu bestimmen. Dieser ist jedoch oft mehr zu erahnen als zu kennen und zu wissen. Dies wird konkret z. B. an ethisch bedeutsamen Herausforderungen einer Sicherheitspolitik, erkennbar an der „Responsibility to protect“, also der Schutzverantwortung der Völkergemeinschaft, die z. B. das fünfte Gebot „Du sollst nicht töten“ – wörtlich „Du sollst nicht morden“ – um des Schutzes der Menschenrechte willen ergänzen muss durch „Du sollst nicht morden lassen“. Das ist konkrete Politik als Lehre vom Möglichen, im besten Sinne des Wortes verstandene „Realpolitik“, konkret ausgeführt als „Politik der Schutzverantwortung“ für die Würde und die Werte des Menschen, die verantwortliches Handeln in der Gegenwart möglich macht und den Verantwortungsspielraum in der Bewältigung der Wirklichkeit moralisch durchmisst. So geschieht verantwortliches Handeln, das politische Entscheidungen nicht überhöht, indem sie als die jeweils einzig richtige Lehre aus der Vergangenheit ausgegeben werden, sondern solches Tun mehr im Sinne eines aufgeklärten Patriotismus versteht, eingebunden in eine klare Wertehierarchie.

V.

So wird deutlich: Moralischer Ansehen ist für die Bundeswehr hoch bedeutsam und nicht zu ersetzen. Gerade wir, die Militärseelsorge als Kirche unter den Soldaten, stehen für die Bildung einer moralischen Urteilsfähigkeit mit ein. Es darf keiner Soldatin und keinem Soldat

der Mangel an moralischer Urteilsfähigkeit zum Vorwurf gemacht werden. Die immer wieder auftretenden Auseinandersetzungen müssen provozieren, Orientierungen zu entwickeln, wie es z. B. aus einer klugen Erinnerungskultur der Bundeswehr heraus geschehen kann. Denken wir an den „Wald der Erinnerung“, der bei Potsdam entstanden ist, so geht es um ein moralisch wertvolles Gedenken an die gefallenen Soldaten und an zahllose Opfer von Gewalt. Denn Gewalt ist immer ein Übel und nur aus Gründen der Selbstverteidigung oder der „ultima ratio“ zu rechtfertigen, weil es um die Verteidigung der Freiheit geht. Gerade der positive Gewinn der Religion, nämlich die Rückgebundenheit des Menschen an Gott, vermag Freiheit für jeden Menschen zu begründen. Zwar kann Freiheit um ihrer selbst willen terroristisch werden, aber eine Freiheit, die an Gott und an Werte gebunden ist, trägt den Auftrag in sich, für sie unbedingt einzustehen. Menschenwürde und Menschenrechte zu schützen und darum Schutz- und Präventionsverantwortung wie auch Verantwortung für die Folgen des Getanen zu übernehmen, gelingt dem, der frei und bereit ist, für die Freiheit auch einen Preis zu bezahlen, nämlich den Preis des Einsatzes für konkrete Menschen und für das Weltgemeinwohl. Dann wächst zugleich auch das moralische Ansehen derer, die diesen Einsatz leisten.

VI.

Drei Perspektiven, die für die Ermöglichung von Frieden bedeutsam sind: die Wahrung der Menschenrechte, der Menschenwürde und der Toleranz; die Einsicht in die Politik als die Kunst und Lehre vom Möglichen; die moralische Persönlichkeitsbildung des Soldaten und der Soldatin aus einer Erinnerungskultur heraus, die für die Freiheit einsteht und deswegen die unbedingte Verpflichtung zu einer Schutzverantwortung für andere Menschen übernimmt. Wir Christen, die wir uns auf den Gott Jesu Christi beziehen und uns auf ihn und seine Liebe verlassen, haben darin einen tiefen Grund, uns mit allen Menschen verbunden zu wissen und darum für den Frieden einzutreten. Dies sind hohe moralische Maßstäbe, unterhalb derer aber kein Friede als Werk der Gerechtigkeit wachsen und gedeihen kann. Gerade aus diesem Grund ist mit dem 8. Mai 1945 und unserem heutigen Anliegen, für den Weltfrieden zu beten, die Überzeugung verbunden, für diesen Frieden als Werk der Gerechtigkeit einzutreten und Verantwortung vor Gott für die Menschen zu übernehmen. Amen.